Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiterstimme

Organ der KPD.
Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ostsachsen)

Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-Altstadt
Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstraße 2 • Fernsprech-Sammelnummer 17259 • Postscheckkonto: Amt Dresden Nummer 13558, Emil Schlegel

Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2
Fernsprecher: Amt Dresden Nummer 17259 • Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden • Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachmittags von 4–5 Uhr (außer Sonnabends)

Beilagen: Der Rote Stern • Die Kommunistin • Der Kom. Gewerkschafter • Der Kom. Genossenschafter • Wirtschaftl. Rundschau • Kunst und Wissen

2. Jahrg. | Bezugspreis für den Monat frei ins Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) • Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises • Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen | Dresden, Dienstag, 19. Januar 1926 | Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den redaktionellen Textteil 1,25 RM. • Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition | Nr. 15

Fort mit der Politik des Arbeiterbetrugs!

Die Dresdner SPD. fordert Landtagsauflösung!

Die am Sonntag stattgefundene Kreisdelegiertenversammlung der SPD. Groß-Dresden hat, wie die heutige Morgenausgabe des „Dresdner Anzeigers" meldet, folgende Entschließung gegen 10 Stimmen angenommen:

„Der Unterbezirksparteitag Groß-Dresden fordert die sofortige Durchführung des Heidelberger Beschlusses zur Sachsenpolitik. Die von den Delegierten vertretenen Parteigenossen sind mit dürren Worten empört über die andauernde Mißachtung ihrer Beschlüsse und fordern die Landtagsfraktion auf, der bisherigen Koalitionspolitik ein Ende zu machen durch die Auflösung des Landtages. Kommt die Landtagsfraktion dieser Forderung nicht nach, so fordert der Unterbezirksparteitag, einen Strich zwischen Partei und Fraktion zu ziehen und unter allen Umständen dafür Sorge zu tragen, daß die Politik der Partei auch im Landtage vertreten wird, damit der Gegensatz zwischen der Politik der Partei und der Politik der Fraktion klar zum Ausdruck kommt. Vom Parteivorstand erhofft der Unterbezirk Unterstützung in seinem Bemühen um Wiederherstellung der Demokratie innerhalb der sächsischen Partei."

Ebenso wie die Delegierten der Dresdner Kreiskonferenz nahmen am gleichen Tage auch die Delegierten der Zwickauer Unterbezirkskonferenz eine Entschließung an, in der es nach einer Meldung des „Anzeigers" am Schlusse heißt:

„Das Verhalten beim Hindenburgempfang und beim Tode des Generals Müller seitens sozialdemokratischer Regierungsmitglieder, die Verletzung des Genossen Künzler, die Verleugnung der Demokratisierung der Justiz bei der Ernennung der Landgerichtspräsidenten usw. beweisen zu deutlich, daß die Fraktionsmehrheit und die Ministergenossen gar nicht gewillt sind, eine klare sozialdemokratische Politik im Sinne der sächsischen Parteigenossen zu treiben.

Die systematische Sabotierung der Entschließung des Heidelberger Parteitages, die planmäßig betriebene Hinausschiebung der Lösung des Sachsenkonfliktes ist zu offensichtlich, als daß dies die sächsischen Parteigenossen nicht erkennen würden. Deshalb verlangt die Konferenz, daß der Landesparteitag die Auflösung des Landtages beschließt."

Wir begrüßen diesen Beschluß der sozialdemokratischen Arbeiter, abzurücken von den 23 Verrätern im Sächsischen Landtage und die Auflösung zu erzwingen. Diese Willenskundgebung der sozialdemokratischen Arbeiter bedeutet ein ernsthaftes Zeichen für die im Werden begriffene gemeinsame Kampffront der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter gegen den Vormarsch der Reaktion in Sachsen.

Landtagswahl am 9. November?

Der „Dresdner Anzeiger" bringt in seiner heutigen Morgenausgabe eine Meldung, in der erklärt wird, daß der Plan besteht, die Neuwahlen zum Landtag mit den Gemeindewahlen, die in diesem Jahre stattfinden müssen, zu verbinden. Nach der Gemeindeordnung sind die Gemeindewahlen stets am zweiten Sonntag im November vorzunehmen. Das wäre in diesem Jahre der 9. November. Nach der Mitteilung des Anzeigers sollen, da das Mandat des Landtages am 5. November erlischt, beide Wahlen miteinander verbunden werden. Der Anzeiger knüpft daran die Bemerkung, daß wohl mit einer vorzeitigen Auflösung des Landtages kaum gerechnet werden könne, so daß also am 9. November über das Schicksal der sächsischen Politik und der Gemeinden entschieden würde. In Verbindung damit berichtet der Anzeiger über den Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion und erklärt dazu, daß dieser Antrag auf Auflösung keine Aussicht auf Erfolg habe. Diese Meldung des immer aufs beste informierten „Dresdner Anzeigers" muß der Wille der sozialdemokratischen Arbeiter widerlegen und die Auflösung des Landtages erzwingen. —

Gewerkschaftler! Erzwingt Landtagsauflösung!

W. S. Die kommunistische Landtagsfraktion hat gestern den Antrag auf Auflösung des Sächsischen Landtages eingebracht. Wiederum steht vor der sozialdemokratischen Fraktion, vor allem vor den 23 Rechten, die Frage, entweder Schluß zu machen mit dem reaktionären Kurs in Sachsen, oder aber die Regierung der Großen Koalition erneut zu retten, nachdem sie zwei Jahre lang zur vollsten Zufriedenheit der sächsischen Industriellen gegen die Arbeiter regierte. Daß diese Regierung, die gestützt auf die Bajonette der Reichswehrexekutive und geboren aus dem Verrat der 23 Rechten, entgegen dem Willen der breiten Schichten der Arbeiter ihre schändliche Politik des Arbeiterbetrugs durchführen konnte, verdanken die Heldt, Müller, Franz und Wirth vor allem ihrer festen Stütze in den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind noch heute die ökonomische Plattform dieser Hausknechte der Reaktion. Was kümmern sie sich um die Beschlüsse ihrer Parteiinstanzen? Sie pfeifen auf den Willen der sozialdemokratischen Arbeiter. Ihre Rückendeckung bei dem Zusammengehen mit den Beauftragten der sächsischen Industriellen sind die reformistischen Gewerkschaftsinstanzen, die in der Billigung der Politik der sächsischen Koalitionsregierung nur den politischen Ausdruck ihrer eigenen Politik der Arbeitsgemeinschaft und der Wirtschaftsdemokratie sanktionierten.

Immer wenn die Arbeiter gegen diese schändliche Politik Sturm liefen, verteidigten die Gewerkschaftsbureaukraten die Regierung Heldt und ihre Hintermänner. Erinnert sei nur daran, wie bei den taktischen Differenzen in der sächsischen Sozialdemokratie die Spalten der von den Gewerkschaftsmitgliedern bezahlten und von dem Leipziger Kartellvorsitzenden Schilling redigierten „Sächsischen Gewerkschaftszeitung" benutzt wurden, um die Politik des Arbeiterbetrugs zu decken.

Während es die reformistischen Gewerkschaftsführer meisterhaft verstanden, mit administrativen Maßnahmen die Opposition in den Gewerkschaften auszuschalten, organisierten sie durch ihre Personalunion mit den 23 das Widerstandszentrum und den stärksten Stützpunkt der Rechten. Nicht nur sozialdemokratische, sondern die gesamte Arbeiterschaft und vor allem die Mitglieder der Gewerkschaften hatten die Folgen des verbrecherischen Treibens der Handlanger der Reaktion zu tragen, die nicht daran dachten, die parlamentarische Position der sozialdemokratisch-kommunistischen Landtagsmehrheit im Interesse der Arbeiter auszunutzen. In allen entscheidenden Situationen erwiesen sie sich als die Schrittmacher und zuverlässigsten Stützen der sächsischen Industriellen. Unter der glorreichen Ministertätigkeit Elsners, der auf Vorschlag der Landesinstanzen der sächsischen Gewerkschaften berufen wurde, waren es die Haack, Brand und Panoscha, die als sozialdemokratische Geheim- und Regierungsräte und Landesschlichter die Offensive der Unternehmer auf Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung tatkräftig unterstützten. Es gibt fast keine Industrie, in der nicht die Arbeiter bei ihren Kämpfen um höheren Lohn und bei der Abwehr der Forderungen der immer frecher auftretenden Unternehmerorganisationen durch die Schlichterpraxis der sozialdemokratischen Landesschlichter gezwungen wurden, die Forderungen der Unternehmer infolge der Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche anzunehmen. Es genügt der Hinweis darauf, daß es der ehemalige Metallarbeiter Heinrich Brand und jetzige Landesschlichter war, der den Hüttenarbeitern in ihrem Kampfe im Jahre 1924 gegen die Einführung des Zweischichtensystems eine wöchentliche Arbeitszeit bis zu 72 Stunden und noch länger brachte. Was der Sozialdemokrat Mehlig im Rheinlande angefangen, vollendete Brand in Sachsen. Zur gleichen Zeit verlangten die Grubenbarone die Preisgabe des Achtstundentages in den sächsischen Steinkohlenrevieren. Auch hier garantierten die Rechten im Landtage durch ihre Zustimmung zur Beseitigung der Siebenstundenschicht unter Tage in den staatlichen Betrieben Zauckerode und Böhlen den Unternehmern den Sieg. Nach wochenlangem Kampfe unterlagen die Bergarbeiter. Die sächsischen Gewerkschaftsführer waren es, die damals zur Rechtfertigung der Haltung der 23 Rechten im Landtage erklärten, daß sie die Regelung der Lohn- und Tariffragen lediglich als eine eigene Angelegenheit der Gewerkschaften betrachteten und die sich die Einmischung der politischen Parteien durch die Abstimmung im Landtage verbaten. Es ist nicht notwendig, nachzuweisen, wie die Haack, Brandt und Panoscha die Arbeiter bei ihren Kämpfen um höheren Lohn dem Willen der Unternehmer auslieferten. Erinnert sei nur an die Schiedssprüche, die für die Holz-, Papier-, Ziegel-, Kalk- und feuerfeste Industrie von diesen „Unparteiischen" des sächsischen Arbeitsministeriums gefällt wurden. Vergeblich hat ein Teil der Lokalorganisationen der Gewerkschaften ihren Unwillen gegen diese „Unparteiischen" damit zum Ausdruck gebracht, indem sie

Beschleunigte Durchführung des Volksentscheides gefordert

Berlin, 19. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Vom Ausschuß für entschädigungslose Enteignung der Fürsten wird uns mitgeteilt:

Am heutigen Nachmittag sprachen für den Ausschuß für Durchführung des Volksentscheides der Vertreter der KPD., der Deutschen Liga für Menschenrechte, des Reichsbundes deutscher Kleinbauern, des RFB., der Gemeinschaft proletarischer Freidenker, des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit, sowie der Internationalen Arbeiterhilfe beim zuständigen Ressortleiter im Reichsministerium des Innern, Geheimrat Reiffenberg, vor. Sie überreichten dem Ministerium den Zulassungsantrag auf Einleitung des Volksbegehrens für völlige Enteignung der Fürsten und legten einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Gleichzeitig übergaben sie dem Ministerium die beglaubigten Unterschriften von über 2000 Wahlberechtigten aus verschiedenen Bezirken Neuköllns. Weitere Listen mit über 20 000 Unterschriften liegen zur Bestätigung dem Wahlamt in Neukölln noch vor. Die Vertreter der antragstellenden Organisationen brachten im Ministerium zum Ausdruck, daß ihnen an einer möglichsten Beschleunigung der Einleitung des Volksentscheides gelegen sei. Die kürzeste Frist zwischen Einreichung des Antrages auf Einleitung des Volksbegehrens und Auslegung der Eintragungslisten bei den Gemeinden beträgt 14 Tage. Beim Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheides laufen inzwischen aus allen Teilen des Reiches weitere Zustimmungserklärungen ein. So hat die Ortsgruppe Gotha des Reichsbundes deutscher Kriegsbeschädigter sich der Aktion für entschädigungslose Enteignung angeschlossen, ebenso zahlreiche Ortsgruppen einzelner Gewerkschaften.

Der SPD.-Parteivorstand gibt Instruktionen

Berlin, 19. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der Parteivorstand der SPD. hat am Sonntag die Redakteure aller sozialdemokratischen Provinzzeitungen in Berlin versammelt, um ihnen den Standpunkt klarzumachen, den sie in der Frage der Fürstenabfindung nach dem Willen des Parteivorstandes einzunehmen haben. Der Parteivorstand der SPD. will die Opposition der eigenen Presse abwürgen, um die gewaltige Volksbewegung gegen die Fürstenabfindung zu spalten und ohnmächtig zu machen. Auch die Sekretäre der SPD. hat der Parteivorstand nach Berlin gerufen, um ihnen ebenfalls einzupauken, daß die Aktion für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten nicht einheitlich geführt wird, sondern so, wie sie der SPD.-Vorstand will. Es ist eine freche Verlogenheit, wenn der „Vorwärts" behauptet, daß der Gesetzentwurf des Kuczynski-Ausschusses die einheitliche Bewegung zersplittert. Es stellt sich heraus, daß der Parteivorstand und der „Vorwärts" alle Anstrengungen machen, um den einheitlichen Willen der breitesten Massen, auch der sozialdemokratischen Arbeiter, für die Fürstenenteignung und den Volksentscheid zu zerschlagen.

Das Zentralkomitee der KPD. an den sozialdemokratischen Parteiausschuß

Berlin, 19. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Das Pol.-Büro des ZK. der KPD. veröffentlicht unter dem Titel „Keine Durchkreuzung" zum heute tagenden Parteiausschuß der SPD. einen Artikel, in dem es unter anderem heißt: „Die KPD. erklärt aber gleichzeitig, jederzeit bereit zu sein, mit der SPD. darüber gemeinsam eine Aktion einzugehen und auch einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Volksabstimmung einzubringen. Nur eine Bedingung muß eingehalten werden, entschädigungslose Enteignung. Hieran darf nicht gerüttelt werden. Niemals werden wir, niemals kann die Arbeiterklasse ihre Hand dazu bieten, den davongejagten Fürsten zu dem bereits gestohlenen und ins Ausland geschafften Gut noch jährliche Renten zu sichern. Jede Partei, die dies tut, ist nicht Vertreterin der Werktätigen, sondern ein Anwalt der Fürsten. Bis eine Verständigung über diese Frage im Sinne der entschädigungslosen Enteignung getroffen ist, bleibt der von der KPD. und anderen Organisationen bereits eingebrachte Gesetzentwurf bestehen."

Der Ortsausschuß des ADGB. Berlin für restlose Enteignung

Berlin, 19. Jan. (Eig. Drahtbericht.) In der Plenarversammlung des Ortsausschusses Berlin des ADGB. wurde eine Resolution für entschädigungslose Enteignung der früheren Fürstenhäuser eingebracht. Der Vorsitzende der Versammlung, der Gewerkschaftsführer Sabbath, stellte fest, daß wohl keiner der anwesenden Versammlungsteilnehmer für die maßlosen Ansprüche der Fürsten und gegen diese Resolution sei. Da kein Widerspruch erfolgte, gilt die Resolution als einstimmig angenommen.

Die Regierung der Mitte gescheitert!

Beamten-Kabinett gebildet

Berlin, 19. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem die Demokratische Partei in einer bis 9 Uhr abends tagenden Sitzung die von der Bayrischen Volkspartei geforderte Zurückziehung der Kandidatur Kochs als Innenminister ablehnte, ist die Neubildung des Kabinetts der Mitte, das Luther bilden wollte, endgültig gescheitert. Luther wird nunmehr ein sogenanntes Beamten-Kabinett bilden. Der „Vorwärts" schreibt zur Situation: „Die Beamtenregierung Luthers ist nach allem, was vorangegangen ist, mit demselben Mißtrauen belastet, auch sie wird sich nur halten können, wenn sie wenigstens das Zentrum für sich gewinnt. Scheitert sie, so bleibt als einziger verfassungsmäßiger Weg nur die Auflösung des Reichstages offen. Ihr Ziel muß sein, die parlamentarische Möglichkeit für eine Regierung zu schaffen, die von dem rechten Flügel der Mitte unabhängig ist."

SLUB Wir führen Wissen.